

Beiträge zum Europäischen Wirtschaftsrecht

Band 92

Das geoökonomische Potenzial der EU

Unionsrechtlicher Kompetenzrahmen
für geoökonomische Zielsetzungen
in der gemeinsamen Handelspolitik

Von

Gideon Arnold



Duncker & Humblot · Berlin

GIDEON ARNOLD

Das geökonomische Potenzial der EU

Beiträge zum Europäischen Wirtschaftsrecht

Begründet von Professor Dr. Wolfgang Blomeyer † und
Professor Dr. Karl Albrecht Schachtschneider

Band 92

Das geoökonomische Potenzial der EU

Unionsrechtlicher Kompetenzrahmen
für geoökonomische Zielsetzungen
in der gemeinsamen Handelspolitik

Von

Gideon Arnold



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische Fakultät der Universität Passau hat diese Arbeit
im Jahre 2024 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2025 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: 3w+p GmbH, Rimpf
Druck: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany

ISSN 0947-2452
ISBN 978-3-428-19372-1 (Print)
ISBN 978-3-428-59372-9 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Verlagsanschrift: Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9,
12165 Berlin, Germany | E-Mail: info@duncker-humblot.de
Internet: <https://www.duncker-humblot.de>

Meiner Familie

Vorwort

Die aktuellen Parallelen zur grundlegenden welthandelspolitischen Situation, die ich vor knapp fünf Jahren zu Beginn meines Promotionsvorhabens vorgefunden habe, sind verblüffend: Damals wie heute liegen Europawahlen erst ein paar Monate zurück, unter Ursula von der Leyen hat sich gerade eine neue Europäische Kommission gebildet, Donald Trump ist amtierender Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika und die schwindende Verlässlichkeit internationaler Handelsregelungen manifestiert sich in der Blockade des *Appellate Body* (AB), welche auch im Rahmen der 13. Ministerkonferenz nicht gelöst werden konnte. Damit ist es den Mitgliedern der WTO nicht gelungen, das noch im Rahmen der 12. Ministerkonferenz vereinbarte Ziel, bis spätestens Ende 2024 ein funktionsfähiges Streitbeilegungssystem wiederherzustellen, zu erreichen und die Organisation hierüber anlässlich ihres dreißigjährigen Bestandsjubiläums aus dem beklagenswerten „Wachkoma“ zu befreien.

Insgesamt war ein – nach wie vor andauernder – Wandel von einer regelbasierten hin zu einer überwiegend machtbasierten Welthandelsordnung zu beobachten. Prägend für die Zunahme von handelspolitischen Spannungen, welche sich infolge der *COVID-19*-Pandemie sowie des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine weiter verschärfen sollten, war insbesondere auch, dass die Weltwirtschaftsmächte USA und China ihre systemische Rivalität mitunter in einem regelrechten Handelskrieg offen austrugen. Insoweit bahnt sich infolge der Wiederwahl Trumps eine Wiederholung der Geschichte an. Die EU befindet sich dabei – nicht nur geographisch – zwischen den Fronten und sieht sich seit geraumer Zeit vermehrt geoökonomischen Maßnahmen ausgesetzt.

Geoökonomie, hierbei handelt es sich um einen zentralen Begriff meiner Dissertation, den ich daher vorab schon einmal näher in den Blick nehmen möchte. Ich verstehe hierunter die Sicherung von Einfluss außerhalb des eigenen Territoriums durch den Einsatz von wirtschaftlichen Instrumenten, um eigene Werte zu verteidigen bzw. Interessen aktiv durchzusetzen.

Nicht nur mir stellte sich damals die Frage, ob sich die EU in dem immer rauer werdenden weltpolitischen Klima auch eigenständig behaupten kann. Vermehrt wurde die Befürchtung geäußert, dass der Staatenbund zu einem Spielball der Weltmächte und damit einem „playground“ verkommen könnte. Auch wenn der Fokus bislang primär auf dem Liberalisierungsgedanken und Marktöffnungsstrategien lag, ist zunehmend zu vernehmen, dass der langfristige Anspruch darin besteht, das Machtvakuum zwischen den USA und China auszufüllen und als „global player“ international Verantwortung zu übernehmen.

Wie ist es nun also um das geoökonomische Potenzial der EU bestellt? Kann sie ihre Werte und Interessen – insbesondere auch gegenüber wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen von Drittstaaten – effektiv verteidigen und diese darüber hinaus aktiv durchsetzen? Genau hier setzt meine Dissertation an, welche im Sommersemester 2024 von der Juristischen Fakultät der Universität Passau als Dissertation angenommen wurde. Rechtsprechung und Literatur befinden sich auf dem Stand ihrer Einreichung Anfang Oktober 2023.

Seitdem konnten bereits weitere beachtliche Fortschritte erzielt werden. Zu nennen ist etwa die endgültige Einführung des *Anti-Coercion-Instrument* (ACI), welche die strategische Neuausrichtung der gemeinsamen Handelspolitik im Zeichen der *Open Strategic Autonomy* (OSA) weiter vorangetrieben hat. Nicht minder bedeutsam war der Erlass eines *Security Packages* der Kommission mit zahlreichen neuen Instrumenten zur Stärkung der wirtschaftlichen Sicherheit der EU, welches der weiteren Konkretisierung und Umsetzung der bereits zuvor vorgestellten *European Economic Security Strategy* (EESS) dient.

Besonders erfreulich ist zudem, dass die Geoökonomie nunmehr auch Einzug in den rechtswissenschaftlichen Diskurs erhalten hat – eine längst überfällige und positiv hervorzuhebende Entwicklung. Beispielhaft erwähnt seien die im Springer-Verlag erschienene Buchreihe „*Springer Studies in Law & Geoeconomics*“ sowie die neu gegründete und eigens diesem Themenfeld gewidmete Zeitschrift „*Law & Geoeconomics*“ des Brill-Verlags.

Selbstverständlich wäre die Verwirklichung dieser Arbeit ohne Mitwirkung und Unterstützung zahlreicher inspirierender Persönlichkeiten kaum möglich gewesen:

Meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Christoph Herrmann, LL.M., möchte ich für die Hilfestellung bei der Themenfindung sowie die Möglichkeit einer promotionsbegleitenden Tätigkeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an seinem Lehrstuhl danken. Besonders dankbar bin ich für die eingeräumten Freiheiten im Entstehungsprozess und das hierüber in mich gesetzte Vertrauen.

Die Promotionszeit war für mich fachlich wie persönlich eine große Bereicherung und hat meine Art des juristischen Denkens sowie meine juristische Arbeitsweise nachhaltig geprägt. Zugleich hat sie mir einen Zugang zur Lehre eröffnet und dadurch eine Leidenschaft entfacht, der ich in jedem Fall weiter nachgehen werde, indem ich mich auch in Zukunft in der Ausbildung des juristischen Nachwuchses engagieren werde.

Bei Herrn Prof. Dr. Till Müller-Ibold, LL.M. bedanke ich mich nicht nur für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens, sondern auch für die gründliche Lektüre der Arbeit, die sich in zahlreichen konstruktiven Anmerkungen widerspiegelte. Dem Prodekan der Juristischen Fakultät, Herrn Prof. Dr. Meinhard Schröder, danke ich für die Übernahme des Prüfungsvorsitzes der Disputation und des von ihm geleiteten, für mich sehr fruchtbaren Prüfungsgesprächs. Hieran hat auch Prof. Dr. Hans-Georg Dederer als weiterer Prüfer großen Anteil, dem ebenfalls herzlich gedankt sei.

Von ganzem Herzen danke ich zudem meiner wundervollen Ehefrau Elena für ihre unermüdliche Unterstützung, den gleichsam vorbehaltlosen wie liebevollen Rückhalt und ihre ermutigenden und motivierenden Worte. Ohne ihre wertvollen Impulse im Rahmen unzähliger inspirierender Gespräche wäre die Arbeit eine andere. Sie hat daher allen voran maßgeblichen Anteil am Gelingen meines Promotionsvorhabens.

Schließlich möchte ich mich bei meinen Eltern bedanken, die mir nicht nur die Ausbildung ermöglicht, sondern mich auch darüber hinaus stets großzügig gefördert haben. Gemeinsam mit meinen beiden Geschwistern bilden sie einen unerschütterlichen Teil meines Lebens, auf den ich mich zu jeder Zeit verlassen kann. In wenigen Worten lässt sich nicht einmal ansatzweise zum Ausdruck bringen, wie viel Ihr mir bedeutet.

Ich kann mich unendlich glücklich schätzen, eine so wundervolle Familie zu haben. Euch ist diese Arbeit gewidmet.

München, 31. 12. 2024

Gideon Arnold

Inhaltsübersicht

Teil 1

Der Beginn einer neuen geoökonomischen Ära	33
A. Zeitlicher Wandel der realpolitischen Lage – Geoökonomie statt Geopolitik?	33
B. Abhängigkeit der unionalen Handlungsfähigkeit von dem Umfang der ihr übertra- genen Kompetenzen	38
C. Methodik, Forschungsfragen und Gang der Darstellung	40

Teil 2

Die Kompetenzen der EU im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik und das sich hieraus ergebende geoökonomische Potenzial	44
---	----

Kapitel 1

Historische Entwicklung des Kompetenzgefüges zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten in der gemeinsamen Handelspolitik	44
A. Pariser Vertrag (1952)	46
B. Römische Verträge (1958)	49
C. <i>Gutachten 1/75</i>	58
D. <i>Gutachten 1/78</i>	60
E. Einheitliche Europäische Akte (1987)	63
F. Vertrag von Maastricht (1993)	64
G. <i>Gutachten 1/94</i>	66
H. Vertrag von Amsterdam (1999)	70
I. Vertrag von Nizza (2003)	72
J. Gescheiterter Verfassungsvertrag (2004)	73
K. Vertrag von Lissabon (2009)	75
L. Die gemeinsame Handelspolitik – eine Erfolgsgeschichte	76

Kapitel 2

**Kompetenzrahmen *de lege lata*
nach dem Vertrag von Lissabon** 77

A. Die Kompetenzordnung der EU	78
B. EU-Kompetenz auf dem Gebiet der gemeinsamen Handelspolitik	113
C. Abgrenzungsprobleme infolge der Verflechtung zwischen gemeinsamer Handels- politik und anderen Politikbereichen mit divergierender Zuständigkeitsverteilung	142
D. Der Vertrag von Lissabon – gelungene Reformen mit Fragezeichen	177

Kapitel 3

**Das *Gutachten 2/15* – Ein weiterer Meilenstein
in Sachen Kompetenzabgrenzungsfragen
auf dem Gebiet der gemeinsamen Handelspolitik** 180

A. Anlass	181
B. Verhandlungshistorie	183
C. Verfahrensgang	185
D. Zusammenfassung der Erwägungsgründe	186
E. Rechtsfolgen und offene Rechtsfragen	245
F. Gesamtfazit und Bewertung des Kompetenzgefüges auf dem Gebiet der gemeinsa- men Handelspolitik infolge des <i>Gutachtens 2/15</i>	265

Kapitel 4

**Analyse des geoökonomischen Potenzials der EU –
auf dem Weg zu einem „global player“?** 268

A. Die EU als „playground“ oder „global player“? – Aktuelle Entwicklungen und damit verbundene geoökonomische Problemstellungen	270
B. Ansätze der EU	273
C. Fazit: Das geoökonomische Erwachen der EU	373

Kapitel 5

Lösungsansätze *de lege ferenda* 378

A. Weiterer Ausbau der gemeinsamen Handelspolitik	378
B. Etablierung einer echten gemeinsamen EU-Außen- und Sicherheitspolitik	423
C. Gesamtfazit zum Lösungskapitel	438

Teil 3

Quo vadis? Die EU in der neuen geoökonomischen Weltordnung	441
Literaturverzeichnis	448
Rechtsprechungsübersicht	492
Stichwortverzeichnis	500

Inhaltsverzeichnis

Teil 1

Der Beginn einer neuen geoökonomischen Ära	33
A. Zeitlicher Wandel der realpolitischen Lage – Geoökonomie statt Geopolitik?	33
B. Abhängigkeit der unionalen Handlungsfähigkeit von dem Umfang der ihr übertra- genen Kompetenzen	38
C. Methodik, Forschungsfragen und Gang der Darstellung	40

Teil 2

Die Kompetenzen der EU im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik und das sich hieraus ergebende geoökonomische Potenzial	44
---	----

Kapitel 1

Historische Entwicklung des Kompetenzgefüges zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten in der gemeinsamen Handelspolitik	44
A. Pariser Vertrag (1952)	46
B. Römische Verträge (1958)	49
I. Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft	49
II. Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	51
III. Fusionsvertrag (1967)	54
IV. Einführung der Zollunion (1968)	54
V. Abschluss der Übergangsphase am 31. Dezember 1969	55
C. Gutachten 1/75	58
D. Gutachten 1/78	60
E. Einheitliche Europäische Akte (1987)	63
F. Vertrag von Maastricht (1993)	64
G. Gutachten 1/94	66
H. Vertrag von Amsterdam (1999)	70
I. Vertrag von Nizza (2003)	72
J. Gescheiterter Verfassungsvertrag (2004)	73
K. Vertrag von Lissabon (2009)	75

L. Die gemeinsame Handelspolitik – eine Erfolgsgeschichte	76
---	----

Kapitel 2

Kompetenzrahmen *de lege lata* nach dem Vertrag von Lissabon

	77
A. Die Kompetenzordnung der EU	78
I. Grundprinzipien	80
1. Übertragung von Kompetenzen zugunsten der EU – Der Grundsatz der be- grenzten Einzelermächtigung	80
2. Schranken bei der Ausübung übertragener Kompetenzen	81
a) Das Subsidiaritätsprinzip	82
b) Der kompetenzielle Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	83
II. Kompetenzarten	85
1. Explizite EU-Kompetenzen	85
a) Ausschließliche Zuständigkeit	85
b) Geteilte Zuständigkeit	87
c) Unterstützungs-, Koordinierungs- und Ergänzungsmaßnahmen	89
d) Sonstige Zuständigkeiten außerhalb der Kompetenztrias	91
2. Implizite EU-Kompetenzen	93
a) Bestehen impliziter EU-Kompetenzen („Existenz-Frage“)	94
aa) <i>AETR</i> -Urteil	94
bb) <i>Kramer</i> -Urteil	98
cc) <i>Gutachten 1/76</i>	100
dd) <i>Fazit</i>	102
b) Art der Zuständigkeit („Exklusivitäts-Frage“)	102
aa) <i>Kramer</i> -Urteil	102
bb) <i>Gutachten 2/91</i>	103
cc) <i>Gutachten 1/94</i>	104
dd) <i>Gutachten 2/92</i>	106
c) Zusammenfassung der bisherigen Rechtsprechung in den <i>Open-Skies</i> - Urteilen	107
d) Kodifizierung durch den Vertrag von Lissabon	109
3. Die Flexibilitätsklausel des Art. 352 AEUV	111
B. EU-Kompetenz auf dem Gebiet der gemeinsamen Handelspolitik	113
I. Ausschließliche Kompetenz für die gemeinsame Handelspolitik	113
II. Materiell-rechtlicher Umfang	115
1. Die gemeinsame Handelspolitik als Teil des auswärtigen Handelns der EU	116
2. Gegenstände der gemeinsamen Handelspolitik	117

III. Handlungsmöglichkeiten der EU auf dem Gebiet der gemeinsamen Handels-	
politik	119
1. Vertragliche Handelspolitik	120
a) Vertragsschlusskompetenz	120
b) Vertragsschlussverfahren	122
2. Autonome Handelspolitik	126
a) Umfassende Ausschließlichkeit auch im Bereich der autonomen Han-	
delspolitik?	127
b) Ordentliches Gesetzgebungsverfahren	129
3. Ausbau der demokratischen Legitimation der gemeinsamen Handelspolitik	131
4. Beschränkungen und Ausnahmeregelungen	134
a) Spezifische Einstimmigkeitserfordernisse	134
b) Bereichsausnahme für den Verkehr	135
c) Spezielle Kompetenzausübungsschranke	135
d) Harmonisierungsverbot	136
e) Nationale Sicherheitsinteressen und Rüstungsgüter	136
f) Maßnahmen in Krisensituationen	137
g) Besonderes Vertragsverletzungsverfahren	139
5. Fazit	139
C. Abgrenzungsprobleme infolge der Verflechtung zwischen gemeinsamer Handels-	
politik und anderen Politikbereichen mit divergierender Zuständigkeitsverteilung	142
I. Abgrenzungsproblematik	142
II. Die Reichweite der gemeinsamen Handelspolitik als Ausgangspunkt und Rah-	
men für die Abgrenzung zu anderen Politikbereichen	144
III. Auswirkungen der Abgrenzungsprobleme	145
1. Ausschließliche Zuständigkeit der Union nach Art. 2 Abs. 1, 6 i. V. m. Art. 3	
AEUV	146
2. Geteilte Zuständigkeit zwischen der Union und ihren Mitgliedstaaten nach	
Art. 2 Abs. 2, 6 i. V. m. Art. 4 AEUV	146
3. Unterstützungs-, Koordinierungs- und Ergänzungsmaßnahmen nach Art. 2	
Abs. 5, 6 i. V. m. Art. 6 AEUV	149
4. Fehlende Unionskompetenz, Art. 4 Abs. 1 i. V. m. Art. 5 Abs. 1 S. 1, Abs. 2	
EUV	151
5. Eingeschränkte Kompetenzen <i>sui generis</i>	152
IV. Abgrenzung Außen- und Sicherheitspolitik vs. Handelspolitik	152
1. Problemaufriss	154
2. Zuständigkeit der Mitgliedstaaten: „ <i>National Security</i> “	156
3. Zuständigkeit der Union: „ <i>EU Security</i> “	158
4. Abgrenzung in konkreten Konstellationen	160
a) Restriktive Maßnahmen	161
b) „ <i>Dual-Use</i> “-Güter	164

c) Fazit	164
5. Einführung des Amtes einer Hohen Vertreterin bzw. eines Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik mit verändertem Aufgabenspektrum	166
6. Zusammenfassung und Bewertung	168
V. Abgrenzungstheorien	170
VI. Herangehensweise des EuGH zur Kompetenzermittlung in den Anfängen seiner post-Lissabon-Rechtsprechung	173
VII. Fazit	176
D. Der Vertrag von Lissabon – gelungene Reformen mit Fragezeichen	177

Kapitel 3

Das Gutachten 2/15 – Ein weiterer Meilenstein in Sachen Kompetenzabgrenzungsfragen auf dem Gebiet der gemeinsamen Handelspolitik

	180
A. Anlass	181
B. Verhandlungshistorie	183
C. Verfahrensgang	185
D. Zusammenfassung der Erwägungsgründe	186
I. Explizite ausschließliche Vertragsschlusskompetenz der EU gem. Art. 216 Abs. 1 Var. 1 AEUV i. V.m. Art. 207 Abs. 1, 3 AEUV i. V.m. Art. 3 Abs. 1 lit. e) AEUV	188
1. Kapitel 2–6: Der Warenverkehr	189
2. Kapitel 7: Liberalisierung im Bereich erneuerbarer Energien	191
3. Kapitel 8: Dienstleistungshandel	193
4. Kapitel 9: Investitionen	195
a) Andere als ausländische Direktinvestitionen Teil der gemeinsamen Handelspolitik?	195
b) Ist der Regelungsumfang auf den Zugang zu Investitionen beschränkt oder ist auch der Investitionsschutz umfasst?	197
c) Welche Auswirkungen haben souveränitätssensible Bestimmungen? ...	199
d) Fazit	200
e) Spezialproblem: Kündigung mitgliedstaatlicher <i>Bilateral Investment Treaties</i> (BITs)	201
aa) Einführung in den Streitstand	202
bb) Divergierende Ansichten	203
(1) Kommission	203
(2) Mitgliedstaaten und Rat	203
(3) Generalanwältin Sharpston	203
(4) EuGH	204

cc) Bewertung	204
(1) Bestimmung des Bedeutungsgehalts des Art. 351 AEUV	204
(2) Art. 351 AEUV und das Rechtsinstitut der „ <i>functional succession</i> “ – gegensätzliche oder komplementäre Zielsetzungen?	207
(3) Voraussetzung der expliziten Zustimmung zur „ <i>functional succession</i> “ gewahrt?	208
(4) Alternativer Lösungsansatz: Kündigungspflicht der Mitgliedstaaten anstatt Kündigungsmöglichkeit der EU?	209
dd) Fazit	210
5. Kapitel 10: Öffentliches Beschaffungswesen	212
6. Kapitel 11: Schutz geistigen Eigentums	213
7. Kapitel 12: Wettbewerb	216
8. Kapitel 13: Nachhaltige Entwicklung	217
a) Schritt 1: Systematische Normenbetrachtung	219
b) Schritt 2: Anwendung des <i>centre-of-gravity</i> -Tests	221
c) Ergebnis und Bewertung	224
9. Zwischenergebnis	226
II. Implizite ausschließliche Vertragsschlusskompetenz der EU gem. Art. 216 Abs. 1 Var. 2–4 AEUV i. V. m. Art. 3 Abs. 2 AEUV	227
1. Verkehrsdienstleistungen	229
2. Andere Investitionen als ausländische Direktinvestitionen	231
3. Zwischenergebnis	235
III. Geteilte Zuständigkeit zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten nach Art. 216 Abs. 1 Var. 2–4 i. V. m. Art. 4 Abs. 1, 2 lit. a) AEUV	235
IV. Annexkompetenzen	238
1. Institutionelle Bestimmungen und Verfahrensregelungen	238
2. Transparenzregeln	239
3. Streitbeilegung	240
a) Interne Streitbeilegung zwischen den Vertragsparteien	240
b) Investor-Staat-Streitbeilegung (<i>Investor-State Dispute Settlement</i> – ISDS)	242
4. Zwischenergebnis	244
V. Zusammenfassung	245
E. Rechtsfolgen und offene Rechtsfragen	245
I. Bedeutet geteilte Zuständigkeit zwingend ein gemischtes Abkommen?	245
II. Architektur künftiger Freihandelsabkommen	249
1. Einheitslösung	249
2. Trennungslösung	250
3. Bewertung	251
III. Auswirkungen auf Intra-EU-BITs	255
IV. Vereinbarkeit von ISDS-Klauseln mit EU-Recht?	257
1. ISDS-Mechanismus	258

2. Der <i>Multilateral Investment Court</i> (MIC) – Kühne Vision oder realistisches Vorhaben?	259
3. Fazit	262
V. Fazit	264
F. Gesamtfazit und Bewertung des Kompetenzgefüges auf dem Gebiet der gemeinsamen Handelspolitik infolge des <i>Gutachtens 2/15</i>	265

Kapitel 4

Analyse des geoökonomischen Potenzials der EU – auf dem Weg zu einem „global player“? 268

A. Die EU als „playground“ oder „global player“? – Aktuelle Entwicklungen und damit verbundene geoökonomische Problemstellungen	270
B. Ansätze der EU	273
I. Übergeordnet: <i>Open Strategic Autonomy</i> (OSA)	273
1. Begriff und Herkunft des Konzepts	273
2. Absichten und Ziele	278
3. Das Problem mit den Abhängigkeiten	280
4. Zielkonflikte spalten EU-Mitgliedstaaten	286
5. Fazit und Bewertung	289
II. Fokussierung auf eine <i>European Economic Security Strategy</i> (EESS)	290
1. Anlass, Absichten und Ziele	290
2. Inhalt und Umsetzung	292
a) Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit	293
b) Schutz vor Risiken	293
c) Zusammenarbeit	294
3. Wirtschaftliche Sicherheit als neuer strategischer Impuls	294
III. Konkrete Maßnahmen	296
1. Auf institutioneller Ebene	296
a) Einführung eines <i>Chief Trade Enforcement Officer</i> (CTEO)	297
b) Weitere Partizipationsgremien	299
c) Alternative Streitbeilegungsmechanismen	301
aa) Das <i>Multi-Party Interim Appeal Arbitration Arrangement</i> (MPIA) – Lebenserhaltende Maßnahme oder Sterbehilfe für das Streitbeilegungssystem des Welthandelsrechts?	302
bb) Bilaterale Streitbeilegungsoptionen	304
cc) Fazit	306
2. Auf legislativer Ebene	307
a) Reform der <i>Handelsvergeltings-VO</i>	308
aa) Problemaufriss und Stand der Umsetzung	308
bb) Inhalt und Zielsetzung der Maßnahme	310

cc) Bewertung	311
b) Instrument betreffend das internationale Beschaffungswesen (<i>International Procurement Instrument</i> – IPI)	314
aa) Problemaufriss und Stand der Umsetzung	314
bb) Inhalt und Zielsetzung der Maßnahme	317
cc) Bewertung	320
c) <i>Investment-Screening-VO</i>	321
aa) Problemaufriss und Stand der Umsetzung	321
bb) Inhalt und Zielsetzung der Maßnahme	326
cc) Einschlägige Rechtsgrundlage	326
dd) Unverbindlicher Charakter der <i>Investment-Screening-VO</i>	328
ee) Bewertung	330
(1) Kritikpunkte	330
(2) Positives	334
ff) Fazit	336
d) <i>Drittlands-Subventions-VO</i>	340
aa) Problemaufriss und Stand der Umsetzung	340
bb) Inhalt und Zielsetzung der Maßnahme	345
cc) Rechtsgrundlage und Subsidiaritätsgrundsatz	347
dd) Herausforderungen bei der Umsetzung und Effektivität	348
ee) Überschneidung mit anderen Regelungsbereichen	350
ff) Bewertung	351
e) <i>Anti-Coercion-Instrument</i> (ACI)	352
aa) Problemaufriss	352
bb) Stand der Umsetzung	354
cc) Zielsetzung des <i>Anti-Coercion-Instrument</i>	358
dd) Inhaltliche Regelungen des <i>Anti-Coercion-Instrument</i>	360
(1) Schritt 1: Prüfverfahren	360
(2) Schritt 2: Reaktionsmöglichkeiten	360
(a) Unterrichtungspflicht und ggf. Aufforderung zur Schadenersatzleistung	361
(b) Konfliktlösungsverfahren	361
(c) Scheitern der Vermittlungsbemühungen	361
ee) Rechtsgrundlage	363
(1) Anwendungsbereich der in Betracht zu ziehenden Normen	363
(2) Eignung als Rechtsgrundlage für das ACI	364
(3) Entscheidung der Kommission	366
(4) Kritische Würdigung der Wahl der Rechtsgrundlage	366
ff) Bewertung	367
gg) Fazit	370

3. Bewertung der bislang initiierten Maßnahmen	371
C. Fazit: Das geökonomische Erwachen der EU	373

Kapitel 5

Lösungsansätze de lege ferenda	378
A. Weiterer Ausbau der gemeinsamen Handelspolitik	378
I. Übergangslösungen	378
1. Beschränkung des bestehenden Ermessens der Mitgliedstaaten unter Rückgriff auf Art. 4 Abs. 3 EUV	378
a) Anwendbarkeit des Loyalitätsgrundsatzes des Art. 4 Abs. 3 EUV	379
b) Beispielsfall	379
c) Bewertung	380
2. Kooperationsmechanismen im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik als ausschließlicher EU-Kompetenz	381
a) Funktionsweise von Kooperationsmechanismen	381
b) Vorteile	382
c) Nachteile	383
d) Fazit zu Kooperationsmechanismen	384
3. Bewertung der Übergangslösungen	384
II. Langfristige Lösungen	384
1. Erweiterung der Kompetenzklausel des Art. 207 AEUV um den Begriff der Geoökonomie	384
a) Begriff der Geoökonomie	385
aa) Abgrenzung zur Geopolitik	388
bb) Bedeutungswandel infolge fortschreitender Globalisierung	391
cc) Fazit (mit vorgeschlagenen Parametern zur Begriffsannäherung) ..	394
b) Kodifizierung der dynamischen Auslegung	398
aa) Notwendigkeit der dynamischen Auslegung	398
bb) Zusammenfassung der geäußerten Kritik	399
cc) Bewertung	401
c) Fazit	403
2. Reformen im europäischen Investitionsrecht	405
a) Überwindung der unnatürlichen Aufspaltung des Investitionsrechts	405
b) Umsetzung des <i>Multilateral Investment Court</i> (MIC)	406
c) Einführung eines verbindlichen Investment-Screenings auf EU-Ebene ..	408
d) Fazit: Auf dem Weg zu einer einheitlichen europäischen Investitionsunion (<i>European Investment Union</i>)	411
3. Umsetzung der bereits eingeleiteten Legislativmaßnahmen	413
4. Büro für strategische Autonomie bzw. geökonomische Angelegenheiten ..	413

5. Regime der restriktiven Maßnahmen in die gemeinsame Handelspolitik überführen	415
a) Problemstellung	415
b) Lösungsvorschlag	419
c) Effekte und Fazit	420
III. Fazit zum ersten Lösungsweg	421
B. Etablierung einer echten gemeinsamen EU-Außen- und Sicherheitspolitik	423
I. Aktivierung der Art. 31 Abs. 2 bzw. 3 EUV	424
II. Ausweitung der Flexibilitätsklausel	426
III. Vollständige Aufgabe des Einstimmigkeitsprinzips in außen- und sicherheits- politischen Fragestellungen	426
IV. Aufgabe sonstiger nationaler Zuständigkeitsvorbehalte	431
V. Überführung der GASP aus dem EUV in den AEUV sowie Unterwerfung unter die durch den Vertrag von Lissabon geschaffene Kompetenzordnung	432
VI. Hohe/r Vertreter/in der Union für Außen- und Sicherheitspolitik als Außenmi- nister/in der EU	434
VII. Fazit zum zweiten Lösungsweg	435
C. Gesamtfazit zum Lösungskapitel	438

Teil 3

Quo vadis? Die EU in der neuen geoökonomischen Weltordnung	441
Literaturverzeichnis	448
Rechtsprechungsübersicht	492
Stichwortverzeichnis	500

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
AB	Appellate Body
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
ACI	Anti-Coercion-Instrument
ACI-VO-Entwurf	Entwurf einer Anti-Coercion-Instrument-Verordnung
a. E.	am Ende
AEJ	Asia Europe Journal
AEL	Collected Courses of the Academy of European Law
AETR	Accord Européen sur les Transports Routiers (Europäisches Übereinkommen über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
AJIL	American Journal of International Law
allg.	allgemein
Alt.	Alternative
amtl.	amtlich
Anh.	Anhang
Anl.	Anlage
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
APA	Austria Presse Agentur
Art.	Artikel
ASA Bull.	Swiss Arbitration Association Bulletin
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations (Länder des Verbands Südost-asiatischer Nationen)
Attac	Association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens (Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger)
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
BASE	Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.
Beschl.	Beschluss
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BIP	Bruttoinlandsprodukt

BIT	Bilateral Investment Treaty (Bilaterales Investitionsabkommen)
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
bpb	Bundeszentrale für politische Bildung
Bsp.	Beispiel/Beispiele
bspw.	beispielsweise
BT Drs.	Bundestagsdrucksache
BulLEG	Bulletin der Europäischen Gemeinschaften
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts (amtliche Sammlung)
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CAATSA	Countering America's Adversaries Through Sanctions Acts
CAFTA	Central America Free Trade Agreement
CDE	Cahiers de droit européen
CELIS	Common European Law on Investment Screening
CELS	Centre for European Legal Studies
cep	Centrum für Europäische Politik
CER CEE	Comparative Economic Research. Central and Eastern Europe
CETA	EU-Canada Comprehensive Economic and Trade Agreement (umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen Kanada einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits)
CFR	Council on Foreign Relations
CJEL	Columbia Journal of European Law
CLEER	Centre for the Law of EU External Relations
C.L.J.	Cambridge Law Journal
CML Rev.	Common Market Law Review
COM	European Commission
COREPER	Comité des représentants permanents (Ausschuss der Ständigen Vertreter, Committee of Permanent Representatives)
CoVuR	COVID-19 und Recht
CPTPP	Comprehensive and Progressive Agreement for the Trans-Pacific Partnership
CRIA	Cambridge Review of International Affairs
CRRC	China Railway Rolling Stock Corporation
CSIS	Center for Strategic and International Studies
CTEO	Chief Trade Enforcement Officer (Kommissionsbeauftragte/r für die Durchsetzung von Handelsregeln bzw. Leitende/r Handelsbeauftragte/r)
CYELS	Cambridge Yearbook of European Legal Studies
d.	des
DCFTA	Deep and Comprehensive Free Trade Agreement
DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
DG IPOL	Directorate-General for Internal Policies
DG Trade	Directorate-General for Trade (Generaldirektion Handel)
dies.	dieselbe(n)
Dok.	Dokument

DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
Draft Articles	Draft articles on Responsibility of States for Internationally Wrongful Acts (Artikelentwürfe über die Verantwortlichkeit von Staaten für völkerrechtswidriges Handeln)
DSB	Dispute Settlement Body
DSU	Dispute Settlement Understanding (Vereinbarung über Regeln und Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten)
dt.	deutsch
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DWDS	Digitalen Wörterbuch der deutschen Sprache
EAD	Europäischer Auswärtiger Dienst
EAG, Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft
ebd.	ebenda
EBLRev.	European Business Law Review
ECFR	European Council on Foreign Relations
ECSA	European Community Studies Association
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EEAS	European External Action Service (Europäischer Auswärtiger Dienst)
EESS	European Economic Security Strategy (Europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit)
EFTA	European Free Trade Association (Europäische Freihandelsassoziation)
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKSv	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Pariser Vertrag
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EGV-Amsterdam	Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte
EGV-Maastricht	Vertrag über die Europäische Union bzw. Vertrag von Maastricht
EGV-Nizza	Vertrag von Nizza zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte
EJIL	European Journal of International Law
EL	Ergänzungslieferung
ELJ	European Law Journal
E.L.Rev.	European Law Review
endg.	endgültig
engl.	englisch
EnK-Aktuell	EnergieKrise-Aktuell
EnWZ	Zeitschrift für das gesamte Recht der Energiewirtschaft
EnzEuR	Enzyklopädie Europarecht
EP	Europäisches Parlament
EPRS	European Parliamentary Research Service (Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments)
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit

ERA	Europäische Rechtsakademie
Erwgr.	Erwägungsgrund/Erwägungsgründe
ESIL	European Society of International Law
ESPA	Economic Security Promotion Act
ETUI	European Trade Union Institute
EU	Europäische Union
EuConst	European Constitutional Law Review
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EUI	European University Institute
EUJEPa	EU-Japan Economic Partnership Agreement
EUMGA	EU-Mexico Global Agreement
EuR	Europarecht
EUSFTA	EU-Singapore Free Trade Agreement
EUSIPA	EU-Singapore Investment Protection Agreement
EUTIP	EU Trade and Investment Policy
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EUVFTA	EU-Vietnam Trade Agreement
EUVIPA	EU-Vietnam Investment Protection Agreement
EuZ	Zeitschrift für Europarecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EYIEL	European Yearbook of International Economic Law
f.	Folgende/folgender
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDI	Foreign Direct Investment
FDI Screening-VO	Foreign Direct Investment Screening-Verordnung (Investment-Screening-Verordnung)
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
ff.	folgende
FG	Forschungsgruppe
FIIA	Finnish Institute of International Affairs
FIW	Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft
Fn.	Fußnote
FNF	Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
FP	Foreign Policy Magazine
franz.	französisch
FS	Festschrift
FSI	Foreign Subsidies Instrument
FSI-VO	Foreign Subsidies Instrument-Verordnung (Drittlands-Subventions-Verordnung)
FSR	Foreign Subsidies Regulation
FT	Financial Times
FTA	Free Trade Agreement (Freihandelsabkommen)
G6	Gruppe der Sechs

G7	Gruppe der Sieben
G8	Gruppe der Acht
G20	Gruppe der Zwanzig
GA	Generalanwalt/Generalanwältin
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GATS	General Agreement on Trade in Services (Allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen)
GATT 1947	General Agreement on Tariffs and Trade (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) vom 30. Oktober 1947
GATT 1994	General Agreement on Tariffs and Trade (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) vom 15. April 1994
GED	Global Economic Dynamics
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
ggf.	gegebenenfalls
ggü.	gegenüber
GHEU	Gerichtshof der Europäischen Union
GHP	Gemeinsame Handelspolitik
GlobAff	Global Affairs
GO	Geschäftsordnung
GOEP	Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments
GPA	Government Procurement Agreement (Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen)
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
grds.	grundsätzlich
GS	Gedächtnisschrift
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
GTCJ	Global Trade and Customs Journal
HagueYIL	Hague Yearbook of International Law
HdB	Handbuch
Hervorh.	Hervorhebung
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber/in
Hs.	Halbsatz
ICDS	International Centre for Defence and Security
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
ICS	Investment Court System (Investitionsgerichtssystem)
IELP Blog	International Economic Law and Policy Blog
ifo Institut	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.
i. H. v.	in Höhe von
IIA	International Investment Agreement (Investitionsschutzabkommen)
IISS	International Institute for Strategic Studies
IJLI	International Journal of Legal Information
ILO	International Labour Organization (Internationale Arbeitsorganisation)
insb.	insbesondere
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
IntAff	International Affairs
IntSec	International Security

IPI	International Procurement Instrument (Instrument betreffend das internationale Beschaffungswesen)
IPI-VO	International-Procurement-Instrument-Verordnung
i. R. d.	im Rahmen des
i. S. d.	im Sinne des
ISDS	Investor-State Dispute Settlement (Investor-Staat-Streitbeilegung)
i. S. e.	im Sinne einer
ISQ	International Studies Quarterly
i. S. v.	im Sinne von
i. Ü.	im Übrigen
i. V. m.	in Verbindung mit
JCCA	Journal of Current Chinese Affairs
JCMS	Journal of Common Market Studies
JEP	Journal of Economic Perspectives
JEPP	Journal of European Public Policy
JIEL	Journal of International Economic Law
JRP	Journal für Rechtspolitik
Jura	Juristische Ausbildung
jurisPK-VergR	juris PraxisKommentar Vergaberecht
JWIT	Journal of World Investment & Trade
JWT	Journal of World Trade
JZ	JuristenZeitung
KAS	Konrad Adenauer Stiftung
KOM	Europäische Kommission
LIEI	Legal Issues of Economic Integration
lit.	littera (Buchstabe)
LSE	London School of Economics and Political Science
m. Anm.	mit Anmerkung
Mercosur	Mercado Común del Sur
MERICs	Mercator Institute for China Studies
MIC	Multilateral Investment Court (Multilateraler Investitionsgerichtshof)
MillAsia	Millennial Asia
MPIA	Multi-Party Interim Appeal Arbitration Arrangement
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NAFTA	North American Free Trade Agreement
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikpakt)
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter
NGO	Non-governmental Organisation (Nichtregierungsorganisation)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
N. N.	nomen nominandum
NPE	New Political Economy
Nr./Nrn.	Nummer/Nummern
NSS	National Security Strategy
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NYIL	Netherlands Yearbook of International Law
NYT	New York Times
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht

NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OEEC	Organisation for European Economic Co-operation (Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit)
OMK	offene Methode der Koordinierung
OSA	Open Strategic Autonomy (offene strategische Autonomie)
OTIF	Organisation intergouvernementale pour les transports internationaux ferroviaires (Zwischenstaatliche Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr)
PIIE	Peterson Institute for International Economics
PIJS	polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit
PPE	personal protective equipment (persönliche Schutzausrüstung)
QIL	Questions of International Law
RFSR	Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts
Rh [§]	Rhodium Group
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RKK	Rahvusvaheline Kaitseuringute Keskus
RMCUE	Revue du marché commun et de l'Union Européenne
Rn.	Randnummer/Randnummern
Rs.	Rechtssache
RSCAS	Robert Schuman Centre for Advanced Studies
Rspr.	Rechtsprechung
RTD eur.	Revue trimestrielle de droit européen
S.	Seite/Seiten
s.	siehe
s. a.	siehe auch
SADC	Southern Africa Development Community (Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika)
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
SchIA	Schlussanträge
SIAC	Single Intelligence Analysis Capability (Einheitliches Analyseverfahren)
SIEPS	Swedish Institute for European Policy Studies
SIRIUS	Zeitschrift für Strategische Analysen
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Union
sog.	sogenannt
span.	spanisch
st. Rspr.	ständige/n Rechtsprechung
StCJIL	Santa Clara Journal of International Law
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
SYbIL	Spanish Yearbook of International Law
SZ	Süddeutsche Zeitung
TISA	Trade in Services Agreement (Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen)
TLE	Tax & Legal Excellence
TPP	Trans-Pacific Partnership

TPRM	Trade Policy Review Mechanism (Mechanismus zur Überprüfung der Handelspolitiken)
TRIPS	Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums)
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership
u.	und
u. a.	unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
UACES	University Association for Contemporary European Studies
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Sowjetunion)
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
UN-Charta	United Nations Charter (Charta der Vereinten Nationen)
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law (Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht)
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development (Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung)
Urt.	Urteil
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
v.	von/vom/von (Adelsprädikat)
VaJIntL	Virginia Journal of International Law
Var.	Variante
verb.	verbundene
Verf.	Verfassers
VerfO-EuGH	Verfahrensordnung des Gerichtshofs
vgl.	vergleiche
VgV	Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge
VO	Verordnung
Vorbem.	Vorbemerkungen
vs.	versus
VVE	Entwurf für einen Vertrag über eine Verfassung für Europa – Verfassungsvertragsentwurf
WHI	Walter Hallstein-Institut
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WorldAff	World Affairs
WP	Working Paper
WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)
WVRK	Wiener Vertragsrechtskonvention
YEL	Yearbook of European Law
YJIL Online	Yale Journal of International Law Online
YLJ	Yale Law Journal
YSEC	Yearbook of Socio-Economic Constitutions
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
z. B.	zum Beispiel
ZERP	Zentrum für Europäische Rechtspolitik
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien

ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung, Internationales Privatrecht und Europarecht
ZfV	Zeitschrift für Verwaltung
Ziff.	Ziffer
ZÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
z. T.	zum Teil
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht

Teil 1

Der Beginn einer neuen geoökonomischen Ära

In ihrer Antrittsrede¹ kündigte die neue Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, eine „geopolitische Kommission“ an, die als „Beschützerin des Multilateralismus“ fungieren werde. Die Geopolitik rückt damit neben dem *Green Deal* und dem angestrebten Digitalmarkt ausdrücklich in den Fokus der laufenden Amtsperiode. Die EU steht vor der Herausforderung, sich als „global player“ in der immer rauer werdenden Weltpolitik zu behaupten. Dieses Ziel kann nur durch europäische Lösungen erreicht werden. Es bedarf einer noch präsenteren EU, die über kohärente Maßnahmen die Interessen ihrer Mitgliedstaaten vereint und mit einer starken gemeinsamen Stimme spricht. Sie muss in die Lage versetzt werden, die gemeinsamen Wertevorstellungen, welche die Grundlage der europäischen Staatengemeinschaft bilden, eigenständig verteidigen zu können. Hierzu bedarf es eines einheitlichen unionsrechtlichen Rahmens und entsprechender Kompetenzerweiterungen. An Bedeutung gewinnt in diesem Zusammenhang der Begriff der Geoökonomie. Hierbei wird ökonomisches Gewicht zur Erreichung strategisch bedeutsamer, nicht zuletzt auch sicherheitsrelevanter politischer Ziele genutzt.

A. Zeitlicher Wandel der realpolitischen Lage – Geoökonomie statt Geopolitik?

Seit einigen Jahren zeichnet sich ein zunehmendes Spannungsverhältnis zwischen den zahlreichen Vorteilen der fortgeschrittenen Globalisierung einerseits und nicht zu unterschätzenden Risiken andererseits ab. Immer mehr Staaten besinnen sich im Zuge dessen auf die Stärke eines unabhängigen souveränen Nationalstaates zurück und stellen die eigenen nationalen Interessen über diejenigen von Staatengemeinschaften und internationalen Organisationen. Die ein umfassendes globales Netz gegenseitiger Abhängigkeiten (Stichwort: Interdependenzen) bildenden Verbindungen werden Stück für Stück gekappt. Im Bereich der Weltwirtschaftspolitik werden insoweit vermehrt protektionistische Züge erkennbar.²

¹ Vom 10. September 2019, abrufbar unter https://www.euractiv.com/section/politics/video/von-der-leyen-unveils-geopolitical-commission/?_ga=2.199481452.371085078.1585907337-839347258.1585907334 (zuletzt aufgerufen am 07. Oktober 2023), ab Minute 14:43.

² Vgl. hierzu Europäische Kommission, Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über Handels- und Investitionshindernisse (01. Januar 2019–31. Dezem-

Unter dem ehemaligen Präsidenten Donald Trump und seiner „*America first*“-Politik wurde eine – bis heute nachwirkende – Weltanschauung propagiert, wonach die Welt eine Arena sei, in der sich rivalisierende Staaten in den Disziplinen Politik, Wirtschaft und Militär messen – ein immerwährender Kampf um Vorherrschaft und Wahrung strategischer Sicherheitsinteressen.³ Diese Tendenz zur Abkehr vom Multilateralismus ist zuletzt immer häufiger zu beobachten. Der Austritt Großbritanniens aus der EU (sog. *Brexit*) ist ein weiteres prominentes Beispiel. Auch der Staatspräsident Chinas, Xi Jinping, hat über die industriepolitische Strategie „*Made in China 2025*“ verlauten lassen, dass die Volksrepublik in den kommenden Jahrzehnten zur führenden Industrienation aufsteigen will.⁴ Die nach außen als multilaterales Freundschaftsprojekt vermarktete Initiative „*One Belt, One Road*“⁵ ist vor diesem Hintergrund mit besonderer Achtsamkeit zu beobachten. Derzeit ist die Welthandelspolitik somit geprägt von offensiver Interessendurchsetzung, wobei vermehrt auf ökonomische Maßnahmen zurückgegriffen wird.

Ausweislich der *Political Guidelines*⁶ und der aktualisierten Industriestrategie⁷ der neuen Europäischen Kommission unter Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen verfolgt die EU demgegenüber eine konträre Strategie: Diese räumt der Stärke des Rechts Vorrang vor dem Recht des Stärkeren ein. Allerdings darf sich Europa auch nicht vor den neuen realpolitischen globalen Verhältnissen verschließen. Es muss „die Sprache der Macht lernen“⁸ und selbstbewusst für die eigenen Werte und Interessen in der Welt eintreten.

ber 2019), 15. Juni 2020, COM(2020) 236 final, sowie die Pressemitteilung hierzu vom 18. Juni 2020, IP/20/116 (Bericht über Handelshindernisse: EU setzt trotz des zunehmenden Protektionismus Markterschließung außerhalb Europas fort).

³ *National Security Strategy* (NSS) der USA, Dezember 2017, abrufbar unter <https://trump.whitehouse.archives.gov/wp-content/uploads/2017/12/NSS-Final-12-18-2017-0905.pdf> (zuletzt aufgerufen am 07. Oktober 2023).

⁴ Die entsprechende Erklärung des chinesischen Staatsrats vom 08. Mai 2015 (im Original auf Chinesisch) ist abrufbar unter http://www.gov.cn/zhengce/content/2015-05/19/content_9784.htm (zuletzt aufgerufen am 07. Oktober 2023).

⁵ Anklang fand dieses geoökonomische Großprojekt erstmals am 07. September 2013 in einer Rede *Xi Jinpings* an der *Nazarbayev* Universität in Kasachstan, als er die Wiederbelebung der über 2000 Jahre alten Seidenstraße in Aussicht stellte, vgl. https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/topics_665678/xjpfwzsysiesgjtfhshzzfh_665686/t1076334.shtml (zuletzt aufgerufen am 07. Oktober 2023); ausführlich hierzu *Ali*, China's Belt and Road Vision. *Goeconomics and Geopolitics*, 2020.

⁶ *Ursula von der Leyen*, *Political Guidelines for the next European Commission 2019–2024, A Union that strives for more. My agenda for Europe*, 2019.

⁷ Europäische Kommission, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Eine neue Industriestrategie für Europa, 10. März 2020, COM(2020) 102, final.

⁸ *Ursula von der Leyen*, Europa-Rede, 08. November 2019, abrufbar unter <https://www.kas.de/documents/252038/4521287/Europa-Rede+von+Dr.+Ursula+von+der+Leyen.pdf/c4e63d1e-be66-1711-63ca-13a4f0c33f6c?version=1.2&t=1573230051869> (zuletzt aufgerufen am 07. Oktober 2023), S. 7; zudem aufgegriffen von dem amtierenden Hohen Vertreter der Union

In der Vergangenheit wurde auf europäischer Ebene überwiegend auf handelspolitische Maßnahmen gesetzt, die eher defensiver Natur sind. Ein Beispiel hierfür ist etwa die *Investment-Screening-VO*.⁹ Im Zuge dessen ließ der damalige Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker verlauten, dass die EU ihre strategischen Interessen vor Einflüssen von Investorinnen und Investoren aus Drittstaaten schützen müsse. So sei zwar die Offenheit des europäischen Binnenmarktes zu begrüßen, gleichzeitig dürfe man keine naive Handelspartnerin sein.¹⁰ Dem pflichtete die zu dieser Zeit amtierende Handelskommissarin Cecilia Malmström bei und ergänzte, dass die Verteidigung der gemeinsamen Sicherheit in einer zunehmend vernetzten und von gegenseitigen Abhängigkeiten geprägten Welt Priorität haben müsse.¹¹

Der offene regelbasierte Handel sowie ein entsprechendes Investitionsklima sind Wesensmerkmale der EU und tragen entscheidend zu ihrem und dem Wohlstand ihrer Mitgliedstaaten bei. Die *COVID-19*-Pandemie und der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine haben jedoch mehr als deutlich gemacht, dass bestimmte wirtschaftliche Abhängigkeiten große Risiken mit sich bringen, denen es wirksam zu begegnen gilt. Andernfalls läuft die Union Gefahr, weiter an Handlungsfähigkeit zu verlieren. Infolgedessen drohen die von ihr in der Welt vertretenen Interessen und Werte unterzugehen.

Die wachsenden geopolitischen Spannungen sowie der verschärfte geostrategische und geoökonomische Wettbewerb erfordern daher eine neue Bewertung des strategischen Potenzials der gemeinsamen Handelspolitik. Auch die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf EU-Ebene haben erkannt, dass es einer „umfassende[n] Strategie“, einschließlich eines „interne und externe Politikbereiche umfassenden gemeinsamen Vorgehens und eines kohärenten Maßnahmenpakets“ bedarf, um die multilaterale Weltwirtschaftsordnung vor den gegenwärtigen Bedrohungen zu schützen und gleichzeitig die wertvolle Offenheit des Binnenmarktes sowie die Fähigkeit zu nachhaltigem internationalem Engagement zu bewahren.¹²

für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, *Josep Borrell*, Die Sprache der Macht, IPG Journal, 13. Februar 2020, abrufbar unter <https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/die-sprache-der-macht-4069/> (zuletzt aufgerufen am 07. Oktober 2023).

⁹ Verordnung (EU) 2019/452 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 zur Schaffung eines Rahmens für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Union, ABl. 2019 L 79 I, S. 1 ff.

¹⁰ Europäische Kommission, Screening of Foreign Direct Investment – an EU Framework, abrufbar unter <https://enterprise.gov.ie/en/publications/publication-files/european-commission-factsheet-on-investment-screening-regulation-pdf> (zuletzt aufgerufen am 07. Oktober 2023).

¹¹ Europäische Kommission, Screening of Foreign Direct Investment – an EU Framework, abrufbar unter <https://enterprise.gov.ie/en/publications/publication-files/european-commission-factsheet-on-investment-screening-regulation-pdf> (zuletzt aufgerufen am 07. Oktober 2023).

¹² Europäische Kommission, Ein EU-Konzept zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherheit, Pressemitteilung vom 20. Juni 2023, IP/23/3358.